Teuflischer Pakt zwischen der EU und der Türkei.

EU-Gipfel beschließt Massendeportationen von Flüchtlingen

von Claus Schreer / Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus

Das Abkommen: Alle Flüchtlinge, die seit 20.03.16 auf den griechischen Inseln ankommen, werden zwangsweise in die Türkei zurückgeschoben. Die Massendeportation soll am 4. April beginnen. Für die Abnahme der Flüchtlinge erhält Ankara von der EU 6 Milliarden Euro. In einem zweiten Schritt wollen die EU-Staaten angeblich für jeden der syrischen Zurückgeschobenen, einen syrischen Flüchtling aus der Türkei legal aufnehmen.

Der teuflische Plan:

Nur wenn ein syrischer Schutzsuchender sein Leben mit der Überfahrt auf eine der griechischen Inseln riskiert hat, erhält einer der syrischen Flüchtlinge in der Türkei die Möglichkeit, legal nach Europa zu kommen – allerdings nicht eins zu eins, wie es bisher der Öffentlichkeit erzählt wurde.

Die Zusage ist begrenzt und gilt nur bis zu einem Limit von 72.000 Schutzsuchenden. Das wären dann nicht einmal 3,5 % der mehr als 2 Millionen Flüchtlinge, die in der Türkei unter **miserabelsten Bedingungen** vorwiegend illegal leben. Und: Nur syrische Flüchtlinge werden **umgetauscht**, keine aus dem Irak, keine aus Afghanistan oder aus einem der anderen Kriegsgebiete. <u>Und diejenigen, die jetzt aus Griechenland abgeschoben werden, haben überhaupt keine Chance mehr</u>. Sie verwirken – weil sie illegal eingereist sind – für alle Zeiten das Recht, in der EU Asyl zu beantragen<u>Diese Scheinheiligkeit ist nicht mehr zu überbieten, denn eine legale Möglichkeit in die EU einzureisen hatten Flüchtlinge noch nie.</u>

► Die Bundesregierung preist das Abkommen als Wendepunkt.

Dass Flüchtlinge bereits außerhalb der EU-Grenzen davon abgehalten werden müssen nach Europa zu kommen, war von Beginn an das zentrale Ziel der **Flüchtlingsabwehr** Angela Merkels, die – wie sie immer wieder betonte – eine "europäische Lösung" wollte, anstelle von nationalen Grenzschließungen oder Seehofers Forderung nach "Obergrenzen", was real gar nicht umsetzbar war. Dabei konnte sich die Kanzlerin auf einen parteiübergreifenden Konsens zwischen allen staatstragenden Parteien stützen. CDU, CSU, die SPD und auch die GRÜNEN waren sich – trotz des in der Öffentlichkeit vorgeführten Streits – darin einig, dass der Zustrom von Flüchtlingen nur durch die Verriegelung der Außengrenzen der EU zu stoppen ist.

► Die EU verabschiedet sich vom Völkerrecht

In den vergangenen Wochen wurden mit Unterstützung von Kriegsschiffen der NATO-Marine, die in der Ägäis [3] kreuzen, mehr als 3000 Flüchtlinge an der Überfahrt von der Türkei nach Griechenland gehindert.

Mit den Massenabschiebungen wird jetzt die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK [4]) außer Kraft gesetzt. <u>Das soll dadurch kaschiert werden, dass man mit einem Federstrich die Türkei zum sicheren Drittstaat erklärt, obwohl es dort für nichteuropäische Flüchtlinge keinen Schutzstatus entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention gibt. [Admin: siehe dazu Lesetipp weiter unten] Stattdessen finanziert die EU den Bau von **Internierungslagern**, die eigens für die aus Griechenland Abgeschobenen errichtet werden.</u>

Schweigen als Gegenleistung

Bei der Kooperation in der Flüchtlingsabwehr spielen für die EU-Staaten die Menschenrechtsverletzungen und die Unterstützung des Terrors durch die Türkei keinerlei Rolle. Der türkische Staat unterstützt nicht nur nachweislich den IS, Erdoğan [5] führt gleichzeitig einen blutigen Krieg gegen die eigene Bevölkerung – gegen die Kurden im Südosten der Türkei. 10.000 Soldaten und Sicherheitskräfte sind im Einsatz. 3000 Kurden sind inzwischen getötet worden. Tausende fliehen aus den zerbombten Städten, sie fliehen vor den Verfolgungen und vor den willkürlichen Verhaftungen durch die türkischen Sicherheitskräfte.

Die EU weiß das, die Bundesregierung weiß das, doch sie brauchen die Türkei als Komplizen und als Bollwerk bei der Abschottung Europas gegen die Flüchtlinge. Bundesinnenminister <u>Thomas de Maizière</u> [6] erklärte das am 25. Januar so: "Alle, die uns jetzt sagen, man muss die Türkei von morgens bis abends kritisieren, denen rate ich mal, jetzt das nicht fortzusetzen. Wir haben einen Interessensausgleich mit der Türkei vor uns. Wir haben Interessen, die Türkei hat Interessen. Das ist ein wichtiger Punkt." (MONITOR, 4.2.2016)

Das ist ein Freibrief für den brutalen Krieg, ein Freibrief für die Unterdrückung der Pressefreiheit und der Opposition in der Türkei.

Claus Schreer - Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus

Lesetipp: "Darf die Türkei als "sicherer Drittstaat" eingestuft werden?" Rechtsgutachten von RA Dr. Reinhard Marx im Auftrag von PRO ASYL. - weiter [7].

- ► Quelle: Erstveröffentlich am 23.03.2016 bei isw-München > Artikel [8].
- ► Mehr Informationen und Fragen zur isw:

isw - Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Straße 3 80639 München

Fon 089 – 13 00 41 Fax 089 – 16 89 415

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de [9] / https://www.facebook.com/iswmuenchen [10]

[11]

► Infos über Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. :

Im Juni 1990 haben kritische Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen zusammen mit GewerkschafterInnen in München das isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. gegründet. Seitdem haben wir fast zweihundert Studien und Berichte veröffentlicht.

Das isw versteht sich als Wirtschaftsforschungs-Institut, das alternativ zum neoliberalen Mainstream Analysen, Argumente und Fakten für die wissenschaftliche und soziale Auseinandersetzung anbietet. Unsere Themen und Forschungen beziehen sich deshalb in besonderem Maß auf die "Bedürfnisse" von Gewerkschaften und von sozialen, ökologischen und Friedensbewegungen. Unser Anspruch ist, Wissenschaft in verständlicher Form darzustellen und anschaulich aufzubereiten. Deshalb sind isw-Ausarbeitungen auch besonders geeignet für Unterricht und Schulungsarbeit und als Grundlage für Referate und Diskussionen. Die Mehrheit unserer LeserInnen, AbonnentInnen und Förder-Mitglieder sind Menschen, die sich in Bewegungen und Gewerkschaften engagieren.

- Im Zentrum unserer wissenschaftlichen Analysen und Forschungsarbeit stehen Fragen und Probleme der Globalisierung, der Bewegung des transnationalen Kapitals, der Rolle und Wirkungen der Multis und transnationalen Institutionen (IWF, WTO, OECD, G7, etc).
- Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt bilden Verteilungsfragen: Einkommens- und Vermögensverteilung,

Interdependenz von privatem / gesellschaftlichem Reichtum und Armut.

- Im Rahmen der Friedensforschung befassen wir uns mit Aspekten der Rüstungsökonomie (z.B. Konzentration in der Rüstungsindustrie), der Militärstrategie und Auswirkungen von Rüstung und Krieg.
- Im ökologischen Bereich konzentrieren wir uns auf Fragen der Energiewirtschaft und -konzerne.
- Schließlich beschäftigen wir uns kontinuierlich mit Untersuchungen zur Entwicklung der Sozialsysteme, der Konjunktur- und zyklischen Entwicklung der Weltwirtschaft.

Auf Veranstaltungen und jährlich stattfindenden isw-Foren werden Erfahrungen ausgetauscht, Gegenstrategien diskutiert und Alternativen erarbeitet. Wir freuen uns über Vorschläge und Anregungen, aber auch über solidarische Kritik.

► Unterstützung

isw braucht Fördermitglieder, Spenden und AbonnentInnen

Das isw kann inzwischen auf 25 Jahre intensiver Publikations-, Vortrags- und Seminararbeit zurückblicken. Ohne die Unterstützung unserer Fördermitglieder, ohne zusätzliche Spenden und ohne AbonnentInnen hätten wir dies nicht schaffen können.

Ein alternatives Projekt wie das isw ist auf aktive Mitarbeit und auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Die materielle Grundlage unserer Arbeit schaffen unsere Leserinnen und Leser. Weder Parteien noch Verbände noch Stiftungen alimentieren uns. Unsere Publikationen finanzieren wir, neben der Selbstausbeutung der Autorinnen und Autoren und der zahlreichen Aktiven im Institut, aus den Beiträgen der rund 1.500 FörderInnen und AbonnentInnen. Jeder Euro, jedes zusätzliche Fördermitglied, jedes zusätzliche Abonnement ist von Bedeutung.

- Spenden für isw [12]
- isw-Fördermitglied werden. [13]
- isw-AbonnentIn werden. [14]

► Bild- u. Grafikquellen:

- 1. HUMAN RIGHTS HUMAN LOOK RIGHTS. Foto: Steve Parkinson. Quelle: Flickr [15]. Verbreitung mit CC-Lizenz Namensnennung Nicht-kommerziell Keine Bearbeitung 2.0 Generic (CC BY-NC-ND 2.0 [16]).
- **2. Flüchtlingscamp in Szeged**, Süd-Ungarn. **Foto:** Martin Leveneur. **Quelle:** Flickr [17]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung-Keine Bearbeitung 2.0 Generic (CC BY-ND 2.0 [18]).
- 3. Füchtlingsankunft auf der griechischen Insel Lesbos. Foto: AFP PHOTO / ARIS MESSINIS TOPSHOTS-GREECE-EUROPE-MIGRANTS <u>Jordi Bernabeu Farrús</u> [19], jordibernabeufarrus@gmail.com. **Quelle:** <u>Flickr</u> [20]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung 2.0 Generic <u>CC BY 2.0</u> [21]).
- 4. Die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der Europäischen Union wurden offiziell in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 2005 aufgenommen. Bereits sechs Jahre zuvor, am 11. Dezember 1999, wurde dem Land der Status eines offiziellen Beitrittskandidaten der EU [22] zuerkannt. Grundlage dafür war das Ankara-Abkommen [23] aus dem Jahr 1963. Ein größeres Problem bei den Verhandlungen stellt die Nichtanerkennung des vollen Staatsgebietes des EU-Mitgliedes Republik Zypern [24] seitens der Türkei dar, aber auch die permanente Mißachtung von Menschenrechten im Allg., der Frauenrechte im Speziellen, der Presse- und Meinungsfreiheit, der Krieg gegen die eigene Bevölkerung (Kurden), die RE-Islamisierung etc etc.

Urheber:

- Flag-map of Turkey.svg [25]
- Flag_of_Europe.svg [26]: User:Verdy p, User:-xfi-, User:Paddu, User:Nightstallion, User:Funakoshi, User:Jeltz, User:Dbenbenn, User:Zscout370
- derivative work: <u>Fry1989</u> [27] (<u>talk</u> [28]) 23:46, 8 December 2010 (UTC)

Quelle: Wikimedia Commons [29]. Der Urheberrechtsinhaber dieses Werkes, veröffentliche es alsgemeinfrei [30]. Dies gilt weltweit.

Anhang Größe

PRO_ASYL_Gutachten_Marx_Türkei-als-sicherer-Drittstaat_15-Mrz-2016.pdf [31] KB

Quell-URL: https://kritisches-netzwerk.de/forum/teuflischer-pakt-zwischen-der-eu-und-der-tuerkei-massendeportationen-von-fluechtlingen

Links

- [1] https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/5339%23comment-form
- [2] https://kritisches-netzwerk.de/forum/teuflischer-pakt-zwischen-der-eu-und-der-tuerkei-massendeportationen-von-fluechtlingen
- [3] https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%84g%C3%A4isches Meer
- [4] https://de.wikipedia.org/wiki/Abkommen %C3%BCber die Rechtsstellung der FI%C3%BCchtlinge
- [5] https://de.wikipedia.org/wiki/Recep_Tayyip_Erdo%C4%9Fan
- [6] https://de.wikipedia.org/wiki/Thomas de Maizi%C3%A8re
- [7] http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/darf-die-tuerkei-als-sicherer-drittstaat-eingestuft-werden
- [8] https://isw-muenchen.de/2016/03/der-teuflische-pakt-zwischen-der-eu-und-der-tuerkei-eu-gipfel-beschliesst-massendeportationen-von-fluechtlingen/
- [9] http://www.isw-muenchen.de
- [10] https://www.facebook.com/iswmuenchen
- [11] http://www.isw-muenchen.de/
- [12] http://isw-muenchen.de/spenden-fuer-isw/
- [13] http://isw-muenchen.de/foerdermitglied/
- [14] http://isw-muenchen.de/abos/
- [15] https://www.flickr.com/photos/steveparkinson/2989548909/
- [16] https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/deed.de
- [17] https://www.flickr.com/photos/mleveneur/22201123925/
- [18] https://creativecommons.org/licenses/by-nd/2.0/deed.de
- [19] http://jordibernabeu.cat/
- [20] https://www.flickr.com/photos/jordibernabeu/21756135850/
- [21] https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de
- [22] https://de.wikipedia.org/wiki/Beitrittskandidaten der EU
- [23] https://de.wikipedia.org/wiki/Ankara-Abkommen
- [24] https://de.wikipedia.org/wiki/Republik Zypern
- [25] https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Flag-map_of_Turkey.svg
- [26] https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Flag_of_Europe.svg
- [27] https://commons.wikimedia.org/wiki/User:Fry1989
- [28] https://commons.wikimedia.org/wiki/User_talk:Fry1989
- [29] https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Turkey EU.svg#/media/File:Turkey EU.svg
- [30] https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinfreiheit
- [31] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/PRO_ASYL_Gutachten_Marx_T%C3%BCrkei-als-sicherer-

Drittstaat_15-Mrz-2016_1.pdf